LWW

Weichsel-Warthe

Mitteilungsblatt der Landsmannschaft Weichsel-Warthe
Bundesverband e. V. (Posen, Mittelpolen, Galizien u. Wolhynien)

51. Jahrgang | März 2003 | Folge 3

Absolute CDU-Mehrheit in Hessen

Bundessprecher gratuliert Ministerpräsident Roland Koch

Bei den Landtagswahlen in Hessen am 2. Februar 2003 errang die CDU die absolute Mehrheit mit 56 von 110 Sitzen. Deshalb entschloß sich die FDP, die vier Jahre eine Koalitionsregierung mit der CDU bildete, in die Opposition zu gehen. Die SPD erhielt 33 Sitze, die Grünen 12 und die FDP 9.

Da Hessen seit 1990 Patenland unserer Landsmannschaft ist, gratulierte der LWW-Bundessprecher Karl Bauer dem hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch sehr herzlich zur erneuten Direktwahl und zum großartigen Wahlerfolg der hessischen CDU.

Zugleich begrüßte er in einem Glückwunschschreiben insbesondere die im Wahlprogramm der CDU bekundete Absicht, weiterhin die berechtigten heimatpolitischen Anliegen der deutschen Heimatvertriebenen politisch zu vertreten, die ostdeutsche Kulturarbeit und die Patenschaft des Landes für die Landsmannschaft Weichsel-Warthe nachhaltig zu fördern sowie die Landsmannschaft in die Partnerschaftsbeziehungen mit der Wojewodschaft Wielkopolska einzubeziehen.

Die am gleichen Tage in Niedersachsen durchgeführten Landtagswahlen verändern die politische Landschaft noch gravierender. Die CDU erhielt 48,3 Prozent der Stimmen, die SPD fiel auf 33,4 Prozent zurück, die Grünen erreichten 7,6 Prozent, und die FDP zog mit 8,1 Prozent wieder in den Niedersächsichen Landtag ein. Es ist zu erwarten, daß CDU und FDP eine neue Landesregierung mit Ministerpräsident Christian Wulff bilden und Ministerpräsident Sigmar Gabriel (SPD) ablösen.

Anerkennung der Eigenschaft als Spätaussiedler

– Welche deutschen Sprachkenntnisse werden dabei vorausgesetzt –

Bei der Anerkennung des Status als Spätaussiedler im Sinne des Bundesvertriebenengesetzes kommt dem Merkmal „Sprache" ganz besondere Bedeutung zu. Nach dem Spätaussiedlerstatusgesetz, das am 7.9. 2001 in Kraft trat, müssen die betreffenden Antragsteller zum Zeitpunkt der Einreise in der Lage sein, ein „einfaches Gespräch" in Deutsch zu führen.

Es gab immer wieder Meinungsverschiedenheiten, was unter einem einfachen Gespräch zu verstehen ist. Einheitliche Kriterien existieren nicht. Die Entscheidung darüber lag in dem Beurteilungsspielraum der Verwaltung.

Der Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg hat sich in dem Urteil vom 26.7.2002 (Az. 6 S 1066/01) mit der Frage auseinandergesetzt, welche Anforderungen an die deutschen Sprachkenntnisse der betreffenden Person zu stellen sind. Nach Auffassung des Gerichts handelt es sich bei dem Begriff „einfaches Gespräch" um einen „ausfüllungsbedürftigen Rechtsbegriff".

In dem Urteil werden Kriterien aufgestellt, die für eine Bewertung dieses Rechtsbegriffs maßgebend sind. So muß die deutsche Sprache überwiegend familiär vermittelt worden sein. Das Gericht umschreibt die Basis einen einfachen Gesprächs wie folgt: „Es genügt, wenn sich der betreffende eines „einfachen" Wortschatzes, insbesondere des Alltagslebens bedient, wenn er „einfache" Sätze, insbesondere Indikativ- und Fragesätze, zu bilden vermag und wenn er sich in „einfachen" Themen des Alltags wie Herkunft, Eltern, Kinder, Schule, sprachlich zurechtfindet". Es dürfen keine schwierige Grammatik, kompliziert zusammengesetzte Substantive oder gar Fremdwörter verlangt werden.

Das Wesen des Gesprächs hat nach dem Urteil in Rede und Gegenrede zu bestehen. So setze das Wesen eines Gesprächs voraus, daß Rede und Gegenrede stattfindet und der Verlauf positiv mitgestaltet wird. Die betreffende Person muß in der Lage sein, sich auf „einfacher" Grundlage in annähernd flüssiger Rede und Gegenrede auszutauschen. Das Gericht gesteht Fehler in der Aussprache, Wortwahl und Satzbau zu. Weiter kommt es nicht darauf an, ob der Antragsteller Dialekt, Schriftdeutsch oder „fremdländisch" gefärbtes Deutsch spricht.

Dagegen reicht es nicht aus, wenn die betreffende Person lediglich einzelne Worte deutsch spricht oder gar nur versteht „oder wenn er allenfalls – auch nur stockend – auf einfachste Fragen antworten kann".

Die Vermittlung der deutschen Sprache muß durch die Eltern, einen Elternteil oder durch Verwandte erfolgt sein. Es wird jedoch nicht gefordert, daß die Deutschkenntnisse ausschließlich oder auch nur überwiegend auf familiärer Vermittlung beruhen. Es genügt nach Auffassung des Gerichts, wenn die deutsche Sprache zu einem nicht unwesentlichen Anteil auch in der Familie vermittelt wurde.

Der Verwaltungsgerichtshof hat mit diesem Urteil eine wichtige Grundlage für die Bewertung des sogenannten Sprachtests geschaffen. Diese Grundsätze können bei unterschiedlicher Auffassung über den nach dem Gesetz geforderten Umfang der deutschen Sprachkenntnisse herangezogen werden.

Weiter wird empfohlen, sich eine Kopie der Niederschrift über den Sprachtest aushändigen zu lassen. Im Falle einer Ablehnung kann dann festgestellt werden, ob die vom Verwaltungsgerichtshof aufgestellten Kriterien eingehalten wurden.

Hierzu ist jedoch zu bemerken, daß dieses Urteil nur für den Einzelfall gilt, und die anderen Gerichte nicht daran gebunden sind. Es sollte jedoch in Widerspruchs- und Verwaltungsstreitverfahren auf dieses Urteil hingewiesen werden, wenn es um die Beurteilung der deutschen Sprachkenntnisse geht.

Adolf Wolf

Die polnische Parteienlandschaft

Seit der Wende in Polen im Jahre 1989 ist das Monopol der kommunistischen Partei (PZPR, Polska Zjednoczona Partia Robotnicza) gebrochen und Polen wurde zur Demokratie. Im Juli 1990 wurde das erste Parteiengesetz verabschiedet, das sich als zu freizügig erwies. Zur Gründung einer Partei genügten bereits 15 Mitglieder, und es gab keinerlei Beschränkungen. Es galt das Verhältniswahlrecht; jede Partei oder jedes Wahlbündnis waren im Sejm vertreten, was sich naturgemäß für die Klein- und Kleinstparteien äußerst günstig auswirkte. In dem am 27.10.1991 gewählten Sejm waren daher mehr als 17 Parteien vertreten. Darunter befanden sich auch Gruppen wie die Polnische Partei der Bierfreunde (2,97 %), die Schlesische Autonomiebewegung (0,36 %) oder die Deutsche Minderheit (1,17 %).

Vor allem in den ersten drei Jahren (1990-93) entstand geradezu explosionshaft eine Vielzahl von Parteien. Bis 1996 wurden in Polen über 300 politische Parteien registriert. Diese Entwicklung erwies sich jedoch nicht als vorteilhaft; Polen machte dieselben Erfahrungen wie andere Demokratien und führte daher bereits für die Wahlordnung des Jahres 1993 eine 5%-Klausel für die Parteien und eine 8%-Klausel für Wahlbündnisse ein. Diese Regelung hatte zur Folge, daß 1993 die Postkommunisten einen sensationellen Stimmenzuwachs zu verzeichnen hatten, während die rechten Parteien durch ihre Zersplitterung gar nicht mehr im Sejm vertreten waren. Für die nächste Wahl des Jahres 1997 verabschiedete der Sejm ein 2. Parteiengesetz, das eine Mindestanzahl von 1000 Mitgliedern vorsieht. Damit begann sich die Parteienlandschaft immer weiter zu festigen und auszubilden. Von einer Einteilung nach klassischem Muster in rechte und linke Parteien kann man in Polen aber noch nicht ganz sprechen. Die sozialen und wirtschaftlichen Themen der postkommunistischen Zeit sind da eher andere. Die Diskussion reicht von den Anhängern der gesteuerten Wirtschaft bis zu den Vertretern einer sehr liberalen Marktwirtschaft. Die Spannweite reicht von der Planwirtschaft bis zum reinen Kapitalismus. Eine weitere erkennbare Tendenz reicht von den konservativen Kräften, vor allem gruppiert um die katholische Kirche, bis hin zu den westorientierten Reformern, die Polen nach und für Europa öffnen wollen.

Die erfahrensten und stabilsten Parteien sind hierbei das Bündnis der Demokrati-

schen Linken, die Bauernpartei PSL und die Freiheitsunion, während die rechten Parteien sich noch nicht konsolidieren konnten. Auch das zu Beginn so erfolgreiche Solidarność-Wahlbündnis AWS hat sehr stark an Einfluß verloren und es ist fraglich, ob sie sich behaupten können. Im Folgenden werden die wichtigsten polnischen Parteien kurz vorgestellt:

SLD (Sojusz Lewicy Demokratycznej = Demokratische Linksallianz): Die kommunistische Partei beschloß auf ihrem 11. Parteitag im Januar 1990 ihre Selbstauflösung und die große Mehrheit gründete unter dem Vorsitz von Aleksander Kwasniewski eine sozialdemokratische Partei, die SdRP (Socjaldemokracja Rzeczypospolitej Polski = Sozialdemokratie der Republik Polen). Die reformorientierte Minderheit der Delegierten begründete eine eigene Partei, die sich aber gegen die SdRP nicht durchsetzen konnte und sich daher bereits 1991 wieder auflöste.

Im Unterschied zu den Postkommunisten in Ungarn vollzog die SdRP keinen klaren Bruch mit ihrer Vorgängerin und erhob auch Anspruch auf deren gesamtem Vermögen. Kwasniewski wurde 1995 Staatspräsident und übergab seinen Parteivorsitz an den zurückgetretenen Ministerpräsidenten Józef Oleksy. Ende 1997 wurde er von Leszek Miller abgelöst. Auf einem Programmkongreß Anfang Februar 1997 sprach sich die SdRP für den Sozialstaat und eine regulierte Marktwirtschaft aus. Sie vertritt einen eindeutig prowestlichen Kurs mit den Zielen NATO- und EU-Beitritt.

Gemeinsam mit mehreren kleineren Parteien schloß sich die SdRP zu dem Wahlbündnis SLD zusammen. Im April 1999 beschlossen die gemeinsam agierenden Organisationen, die SLD in eine politische Partei umzuwandeln. Im Juni 1999 löste sich die SdRP zugunsten der SLD auf. Die SLD ist mit 41,04 % im aktuellen Sejm vertreten.

PSL (Polskie Stronnictwo Ludowe = Polnische Volkspartei): Die SLD koaliert mit der Bauernpartei PSL, die im Mai 1990 aus der Blockpartei ZSL (Zjednoczone Stronnictwo Ludowe = Vereinigte Bauernpartei) hervorging und deren Vermögen und Organisation übernahm. Anders als die SLD distanziert sich die PSL jedoch von ihrer Vorgängerin und sieht sich eher als Nachfolgerin der „Piast", der Bauernpartei der Zwischenkriegszeit. Die PSL ist im Wesentlichen eine Vertreterin der Interessen der Landwirte, wobei ihre Programmatik gesellschaftspolitisch konservativ ist, und sie gilt als Bremser im Reformprozeß. Ihr Vorsitzender Waldemar Pawlak war 1992 und 1993-1995 Ministerpräsident. Im aktuellen Sejm ist die PSL mit 8,98 % vertreten und koaliert erneut mit der SLD.

AWS (Akcja Wyborcza Solidarność Prawicy = Wahlaktion Solidarität der Rechten): Die christdemokratische AWS wurde 1996 auf Initiative der Gewerkschaft Solidarität 1996 gegründet, um die Zersplitterung im rechten Lager zu überwinden und siegte bei den Wahlen 1997 mit über 33 %. Nach heftigen Richtungsstreitigkeiten und der Niederlage bei den Präsidentschaftswahl 2000 zerfiel die AWS in mehrere Parteien, die aber bei den Wahlen 2001 alle an der für Wahlallianzen geltenden 8%-Sperrklausel scheiterten.

UW (Unia Wolnośći = Freiheitsunion): Die UW entstand 1991 als Demokratische Union. 1994 vereinigte sie sich mit dem neoliberal ausgerichteten Liberal-Demokratischen Kongreß (KLD) und nannte sich seither UW. In ihr versammelten sich die liberalen Kräfte des Solidarność-Lagers wie die Bürgerrechtler Bronisław Geremek und Jacek Kuron. Mit Tadeusz Mazowiecki und Jan Bielecki stellte sie von 1989-1991 die ersten demokratisch gewählten Ministerpräsidenten Polens. 2001 kam es nach parteiinternen Richtungskämpfen zur Spaltung und bei den Wahlen zum Scheitern an der Sperrklausel.

PO (Platforma Obywatelska = Bürgerplattform): Im Jahr 2001 bildeten sich zwei neue Parteien, die die unzufriedenen Anhänger der AWS und der UW aufnahmen. Der unabhängige Bewerber um das Präsidentenamt Andrzej Olechowski gründete das liberal-konservative PO zusammen mit Donald Tusk (UW) und Maciej Plazyński (AWS) und erreichte auf Anhieb 12,68 %.

PiS (Prawo i Sprawiedliwość = Recht und Gerechtigkeit) Die zweite Partei, die vom Zerfall der AWS profitierte ist die konservative PiS, eine Abspaltung gruppiert um die Brüder Kaczynski. Die Partei vertritt hauptsächlich populistische Law-and-Order Parolen. Bei den letzten Wahlen erlangte sie auf Anhieb 9,5 %.

LPR (Liga Polskich Rodzin = Liga Polnischer Familien): Im aktuellen Sejm befinden sind zwei weitere Parteien, die zuvor nicht vertreten waren. Im Jahr 2001 wurde die nationalistisch orientierte Partei LPR von rechtskatholischen Gruppierungen gegründet, die früher Teil der AWS und der Bewegung für den Wiederaufbau Polens (ROP) waren. Die LPR ist aggressiv-nationalistisch ausgerichtet und wird dabei von dem rechtsextremen Sender „Radio Marya" unterstützt. Bei der letzten Wahl zum Sejm erhielt sie 7,87 % der Stimmen.

SO (Samoobrona = Selbstverteidigung): Die von Andrzej Lepper 1992 gegründete SO entstand als Protestpartei der Bauern, die nicht imstande waren, die vor 1991 aufgenommenen Kredite zurückzuzahlen. Mit radikalen und populistischen Protesten wie Straßenblockaden, Sternmärschen nach Warschau oder das Hinaustransportieren gewählter Bürgermeister auf Schubkarren aus ihren Ämtern macht SO auf sich aufmerksam. Offen wird Ausländer- und Europafeindlichkeit propagiert. Bei den Präsidentschaftswahlen im Jahre 1995 erzielte Lepper jedoch nur 1,32 % der Stimmen. 2001 gelang es der SO erstmals die 5%-Klausel zu überwinden und erzielte stattliche 10,2 %.

Dr. Martin Sprungala

Pfaffendorf (Księzy Młyn)

Ein Bericht aus Lodz

Mehrere Jahre trat Lodz in der allgemeinen Vorstellung vor allem als eine Stadt mit Fabriken, rauchenden Schornsteinen, engen häßlichen Straßen, grauem uninteressantem Alltag auf. So war es aber nicht immer. Vor über 100 Jahren pulsierte hier das Wirtschaftsleben, entwickelte sich die Industrie und die Gesellschaftskontakte der reichsten Kreise – der Lodzer Industriebourgeoisie und Finanzwelt – standen in nichts den im ganzen Europa herrschenden Bräuchen nach.

Die Paläste der Lodzer Bourgeoisie erwarben einen großen Ruhm – ihre Geschichte und die Gelegenheiten ihrer Entstehung waren legendenumwoben. Im 19. Jh. nannte sie der Nobelpreisträger Władysław Stanisław Reymont „Paläste des Gelobten Landes". In der zweiten Hälfte des 19. Jh. wurde Lodz das Gelobte Land, als es in die Periode einer stürmischen Wirtschaftsentwicklung eingetreten war. Durch seine Umwandlung in eine großkapitalistische Metropole wurde es die Stadt einer riesigen Chance, die höchst kreative Stadt. Hierher kamen Fachleute, hauptsächlich aus der Textilbranche – Deutsche, Polen, Juden und Russen. Das Gebiet einer höchst dynamischen Entwicklung war in dieser Zeit Księzy Młyn (Pfaffendorf). Hier wurden die größten und modernsten Fabriken, von weiten Gärten umgebene Residenzen und auch Arbeiterwohnsiedlungen gebaut.

Der Name Księzy Młyn (Pfaffendorf) hat eine alte Tradition, die wenigstens in die Anfänge des 16. Jh. hineinreicht. Heute zeigen uns nur die archivalischen Landkarten die Stellen, wo an der Jasien die Mühle des Lodzer Pfarrers stand (Anm. der Redaktion: Der polnische Name bedeutet „Pfarrers Mühle). Der mittelalterliche Name überlebte Jahrhunderte, um den Namen einem Industrieviertel zu geben, das mit seinem Territorium größer als die Grenzen des Kirchenbesitztums wurde. Es steht fest, daß Księzy Młyn einfach eines der wichtigsten Symbole von Lodz darstellt, eines der markantesten Symbole, die die Geburt, Pracht und den Untergang der Textilmetropole illustrieren und auch unterschiedliche Versuche ihrer Wiederbelebung verkünden.

Księzy Młyn ist eine Stätte, wo unter anderem der Palast von Karl Scheibler, die Villen der Familie Grohmann und Kohn gebaut wurden. Eine Perle der Lodzer Villenarchitektur des 19. Jh. ist die Residenz von Eduard Herbst, die heute als Abteilung des Kunstmuseums in ihren vorherigen Prachtstand zurückgebracht wurde. Für die Renovierung der Villa erhielt das Kunstmuseum 1991 den Prestigepreis – die Medaille „Europa Nostra" – der von dem Internationalen Verband der Gesellschaften für Schutz des Europäischen Kultur- und Naturerbes mit Sitz in Den Haag verliehen wird.

Eine weitere wichtige Initiative war die Renovierung des historischen Hauses von Traugott Grohmann (aus dem Jahre 1823), eines der ersten Lodzer Fabrikanten. Dieses Haus wurde als Ruine der Deutschen Sozial-Kulturellen Gesellschaft von der Stadt Lodz im Jahre 1998 unentgeltlich übereignet. Die Bauarbeiten an der jetzigen Begegnungsstätte der Deutschen Sozial-Kulturellen Gesellschaft in Lodz wurden dank dem Ministerium des Inneren der Bundesrepublik Deutschland über die Stiftung für Entwicklung Schlesiens (SES) und dank der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit finanziert.

Trotz dieser erfreulichen Tatsachen laufen die Tage in Księzy Młyn heute langsamer als vor hundert Jahren. Viele Wohnhäuser, die in der Zeit ihrer Entstehung zu den modernsten und vortrefflich ausgestatteten gezählt wurden, brauchen heute Sanierung und Geldanlagen. Die Fabriken scheinen im Schlaf versunken zu sein. Die Paläste und Villen werden regelmäßig von den bekannten Persönlichkeiten aus der Politik, Kultur- und Wirtschaftswelt besucht. Hier finden auch zahlreiche Konzerte, Vernissagen, Filmvorführungen und andere Kulturveranstaltungen statt; ihren Sitz haben hier auch zu den wichtigsten in der Stadt gehörenden Institutionen. Es ist aber noch ein sehr weiter Weg zur vollen Ausnutzung des riesigen Potentials dieser besonderen Stätte, zur Wiederherstellung des Zivilisations- und Kulturranges der Stadtavantgarde, zur Wiederbelebung der intellektuellen und gesellschaftlichen Kontakte aus Scheiblers und Grohmanns Zeiten.

Die Drucklegung dieser Publikation wurde mit WZVO-Mitteln der Stiftung Nordostdeutsches Kulturwerk gefördert.

Księzy Młyn war imstande einen Teil des unwiederholbaren Reizes früherer Tage aufzubewahren. Schweigende Straßen, besonders im Herbst malerische Parks und stilvolle Residenzen sind eine Friedensenklave, Inspiration der Künstler, beliebte Stätte für Spaziergänge vieler Stadteinwohner, eine Gelegenheit für Reisen in der Zeit für Geschichtsliebhaber.

Das Wandel durch die kleinen Straßen und Parkalleen bewegt zum Nachdenken über das Schicksal dieser Stätte. Werden historische Bauwerke den zugehörigen Rand und Schutz bekommen oder erwarten sie die Vergessenheit und langsame Vernichtung? Werden sich malerische Siedlungen in ein Viertel luxuriöser Appartements, Künstlerateliers und Galerien verwandeln? Werden alte Fabrikmauern in der Zukunft moderne Technologien unterbringen?

Den Vertretern der deutschen Minderheit liegt es sehr daran, im Rahmen ihrer Möglichkeiten, zumindest die Fragmente der Enklave Księzy Młyn, mit Zustimmung und zum Nutzen aller Einwohner der Stadt Lodz, zu restaurieren. Es besteht eine Chance, daß diese ungewöhnliche Stätte wieder einmal ein Vorposten der Neuheit, des zivilisierten Fortschritts, der Kulturgestaltung und –verbreitung dank Polen und Deutschen werden kann.

Helene Milczarek,
Vorsitzende des DFK Lodz

Martin S. gibt nicht auf!

Aus der Arbeit der Johanniter-Sozialstation in Lodz

Immer wieder melden sich in der Sozialstation Menschen, deren Schicksal – durch tragische Unfälle verursacht – aus dem Rahmen fällt und deren Betreuung und Pflege oftmals besonders anspruchsvolle Geräte erfordert, die für die Sozialstation zu beschaffen, eine große Schwierigkeit bedeutet.

Martin S., ein 20-jähriger junger Mann aus einem Dorf in der Nähe von Lodz, von Beruf Kfz-Schlosser wollte im Frühjahr 2002 seinem Nachbarn beim Aussägen von Bäumen helfen und stürzte dabei aus großer Höhe auf den Erdboden. Seitdem ist er querschnittsgelähmt und kann sich nur mit Hilfe eines Elektro-Rollstuhl, den ihm die Johanniter-Sozialstation beschaffte, selbständig bewegen und das Haus verlassen, um im Behinderten-Zentrum von Lodz behandelt und beruflich umgeschult zu werden.

Von links nach rechts: Diakonin Karina Chwastek, ev. Matthäus-Gemeinde Lodz; querschnittsgelähmter Patient Martin Szopik (21 Jahre) aus dem Dorf Broje bei Lodz; Ingrid v. Strotha (Krankengymnastin)

Martin, ein sportlich eingestellter junger Mann, hat nicht aufgegeben und sich in seinen Rollstuhl zurückgezogen, sondern er ist im Behindertensport aktiv geworden. Dies dient nicht nur der Stabilisierung seiner Gesundheit, sondern stärkt auch sein Selbstwertgefühl ungemein. Nun möchte sich Martin – ein talentierter Basketballspieler – mit seiner Mannschaft für die nächsten Paraolympics qualifizieren. Um dieses sportliche Ziel zu erreichen, braucht er einen eigenen speziellen Rollstuhl für Sportwettkämpfe. In einem Münchner Spezialgeschäft konnten die Johanniter einen solchen Rollstuhl – ein Vorführmodell – für 642 € erwerben. Besonders junge Mitglieder der Posen-Westpreußischen Genossenschaft trugen mit Spenden für dieses Objekt dazu bei, daß ein mutiger junger Mensch trotz seiner schweren Behinderung versucht, sein Leben zu meistern.

Jungen Johannitern wurde hier die Gelegenheit gegeben, auf dem direkten Wege mit dem vollen Betrag ihrer Spende, gewissermaßen von Mensch zu Mensch einem jungen Mann zu helfen, eine neue Lebensperspektive zu gewinnen. Thora von Bonin

Hallo, wir sind da!

Rundbrief der Deutschen aus Lodz

Zum Weihnachtsfest erschien wieder, jetzt zum 13. Mal, das Rundschreiben der Deutschen Sozial-Kulturellen Gesellschaft in Lodz, aus dem man Freude über die Tätigkeit des Jahres und große Zuversicht für das neue Jahr ersieht. Das vergangene Jahr war nicht immer erfreulich, da einige Mitglieder, die wohl andere Interessen hatten, weggeblieben sind, andere indessen um so enger zu dem DFK aufgerückt sind. Man lebt nicht nur für sich selbst. Das Grohmann-Haus wurde, nachdem einige Baumängel aufgetreten waren, die im Rahmen der Baugarantie nun beseitigt sind, neu gestrichen und sieht nun außen noch schöner aus. Es scheint so, daß der Geist der Oma Grohmann die schützende Hand über das Haus hält.

Auch außen, zur Targowa Straße, sieht die Anlage schön und schmuck aus und ruft das Interesse und Beachtung bei den Anwohnern und Passanten hervor. Zur Weihnachtsfeier im Haus dürften auch die kleinen Bewunderer aus der Nachbarschaft kommen. Wir hier glauben, daß so etwas die Akzeptanz in der Umgebung fördert und festigt. Mit schönen Illustrationen und guten Wünschen für das Fest und das Jahr 2003 schließt das Blatt. Wir unsererseits wünschen unseren Freunden in Lodz Gesundheit und Kraft für die weitere Arbeit. Harry Petzold

Geheimes Staatsarchiv im Internet

Nach der Wiedervereinigung wurden die Bestände des Geheimen Staatsarchivs Preußischer Kulturbesitz (GStA PK) mit den Beständen des ehemaligen Zentralen Staatsarchiv/ Dienststelle Merseburg in Berlin zusammengeführt und im Jahr 2000 erschien erstmals ein Verzeichnis der rund 35 km Archivalien in Buchform, das Besuchern zu einer bequemen Vorbereitung dienen sollte. Das GStA PK ist nun auch dem neuen Medium Internet gerecht geworden und erleichtert es so jedem, sich vorab über die Bestände des GStA PK zu informieren. Auf der Internetseite stellt sich das Haus mit seinen Aufgaben und Beständen umfassend dar, wozu auch die sprachliche Option einer englischen oder polnischen Beschreibung gehört. Der Nutzer hat hier die Möglichkeit, sich nicht nur zu informieren, sondern kann auch Arbeitsplätze reservieren und Archivalien vorbestellen. Besonders erwähnenswert ist die Suchmaschine, mit der man nach den verschiedensten Begriffen den Bestand durchsehen kann und dem Benutzer auf diese Weise viel Arbeit erspart. Auch über zwei Karten Preußens aus dem 17./18. und 19./20. Jh. kann man direkt auf Bestände einzelner Territorien zugreifen. Dies ist eine sehr praktische Funktion, da man so alle Archivalien sofort erfassen kann und zudem Verweise auf andere Archive erhält. Für das Frühjahr 2003 ist die Aufnahme der Übersichten zur II. Hauptabteilung Generaldirektorium vorgesehen; die Aufnahme der Findbücher wird auch in Angriff genommen. Einen Besuch im Archiv selber kann diese Seite natürlich nie ersetzen, aber sie kann ihn sehr erleichtern. Sie finden das GStA PK im Internet unter der Adresse: www.gsta.spk-berlin.de M.Sp.

440 norddeutsche Tankstellen gehen an polnischen Konzern

Der britische Ölkonzern BP hat endlich einen Abnehmer für seine überzähligen Tankstellen gefunden. Damit kann ein in Deutschland kaum bekannter polnischer Konzern groß ins deutsche Tankstellengeschäft einsteigen. Das Bundeskartellamt hat der BP als Auflage zur Übernahme der Veba Öl mitsamt ihrer Tankstellenkette Aral zur Auflage gemacht, etwa 800 Tankstellen in Deutschland zu verkaufen, damit der Öl-Riese auf dem deutschen Tankstellenmarkt keine Monopolstellung einnimmt. Zu diesem Zwecke teilte der Konzern sein bisheriges Vertriebsnetz in eine nord- und eine süddeutsche Kette, die man gesondert veräußern will. Als potentielle Kunden waren der französische Konzern Total-Fina-Elf, aber auch russische Konzerne gehandelt worden. Nun erhielt der polnische Tankstellen- und Raffineriebetreiber PKN Orlen den Zuschlag. Der Verkaufspreis wird von Analysten auf 250 bis 350 Millionen US-Dollar geschätzt. Der Betreiber PKN ist das größte petrochemische Unternehmen Polens und betreibt derzeit rund 2100 Tankstellen.

M.Sp.

Große Anerkennung für das „Jahrbuch Weichsel-Warthe 2003"

Unser „Jahrbuch Weichsel-Warthe 2003 findet weiterhin große Anerkennung. So haben sich die Präsidentin des Bundes der Vertriebenen Erika Steinbach (MdB) und der frühere hessische Innenminister Gottfried Milde sehr positiv über das Jahrbuch hinsichtlich Inhalt und Gestaltung ausgesprochen.

Die Vorsitzende des Bibelkreises deutschsprechender Evangelischer im Lodzer Indu-

striegebiet, Christina Jatczak, schrieb uns u.a.: „Für das Jahrbuch, das ich mit großem Interesse durchgelesen habe, möchte ich mich herzlich bedanken. Der Bericht von Herrn Hirsekorn hat mich tief erschüttert. Das Jahrbuch enthält auch viele Artikel, welche für unsere Lodzer sehr interessant sind. Ich habe es in unserem Kreise gezeigt und viele möchten es gern bekommen."

REZENSIONEN

Otto Heike

Leben im deutsch-polnischen Spannungsfeld

Die Kommission für die Geschichte der Deutschen in Polen hat die Lebenserinnerungen von Otto Heike (1901-1990) in zweiter überarbeiteter Auflage herausgegeben. Der bekannte Journalist und Siedlungsforscher aus Lodz schildert in dem 172 Seiten dicken Buch (Paperback) seine Erinnerungen und Einsichten seines Lebens, das in Russisch-Polen begann. Er schildert sein Leben in Mittelpolen unter russischer Herrschaft bis hin in die Zeit des Wiedererstehens des polnischen Staates und dessen Untergang 1939. Mit der NS-Herrschaft und Krieg und Vertreibung enden die Erinnerungen mit einer Schilderung des Archivs der Deutschen aus Mittelpolen in Mönchengladbach, versehen mit einer Bibliographie von Otto Heikes Publikationen von 1924 bis 1990. Das Buch ist versehen mit dem Grußwort des Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen von 1989, dem heutigen Bundespräsidenten Johannes Rau.

Das Buch ist bei der Stiftung Martin-Opitz-Bibliothek in Herne (in Kommission) für 12 € erhältlich. ISBN 3-923371-21-7, Berliner Platz 5, D-44623 Herne, E-Mail: information.mob@herne.de, Fax: 02323/ 162609. M.Sp.

Zeitweiser der Galiziendeutschen 2003

Der inzwischen 41. Jahrgang des Zeitweiser mit Berichten über die Arbeit des Hilfskomitees, der Stand der deutsch-ukrainischen Zusammenarbeit, der Heimatforscher und eine Vielzahl von Beiträgen aus allen erdenklichen kulturellen Bereichen ist erschienen. Der in weiß gehaltene Einband zeigt auf dem Titelblatt eine Zeichnung der St. Georg Kathedrale, einem Wahrzeichen Lembergs (Lwiw). Auch ansonsten ist der vorliegende Band mit einer großen Auswahl an Bildern versehen, die auch einem unkundigen Leser verdeutlichen, wie man sich die Region vorzustellen hat.

Der Zeitweiser ist von seiner Genese her ein Kalender, dementsprechend beginnt er auch mit einem Kalendarium und geistlichen Vorworten, ehe ausführlich über die Kulturtagung des Hilfskomitees der Galiziendeutschen im vergangenen Jahr berichtet wird. Der sehr interessante Vortrag von Prof. Erich Müller „Überblick über die Geschichte der evangelischen Kirche Galiziens" ist hier mit erklärender Bebilderung abgedruckt worden. Weiterhin referiert er auch über „Die Struktur, Arbeit und Probleme der Lemberger evangelischen Kirchengemeinde in den Jahren 1900-1939".

Von großem Interesse muß man auch den folgenden Beiträgen seine Aufmerksamkeit schenken, da sie nicht monokausal nur das eigene, das deutsche Schicksal betrachten, sondern es gibt auch die Kategorie „Unsere früheren Nachbarn, die Ukrainer". Iwan Dacko berichtet über die Situation der christlichen Kirchen in der Ukraine, und Poldi Rindt über den griechisch-katholischen Lemberger Metropoliten – Theologen und Staatsmann – Andrej Graf Scheptyćkyj, einer Symbolfigur osteuropäischer Geschichte. Ein weiterer Beitrag aus der Ukraine stammt von Maria Svjencicka, die „Das Nationalmuseum in Lemberg (Lviv)" vorstellt.

Im folgenden, als Hauptteil des Zeitweiser zu bezeichnenden Abschnitt, folgen Beiträge „Aus Galiziens deutscher Vergangenheit" wie Erinnerungen aus der Zeit des 1. Weltkrieges und anderen Erlebnisberichten aus dem Leben der Galizier noch in der Heimat und aus der Zeit danach. Sehr interessant ist auch der Beitrag von Helga Maaß, die „Über alte Obstsorten in Galizien" referiert. Aber auch Arbeitsergebnisse der Heimatforschung sind sicherlich für viele von Wert. So gibt Alfred Konrad einen Überblick über Ortspläne deutscher Kolonistendörfer in Galizien, bestehend aus einigen Ortskizzen. Weiterhin liefert der neue Zeitweiser eine Vielzahl an Informationen für Forscher wie die Artikel „Was steht im Deutschen Volksblatt für Galizien?" oder der gesamte Abschnitt „Deutsche Akten aus dem ukrainischen Gebietsarchiv in Lemberg". Zu den Informationen gehören natürlich auch die Anschriftenverzeichnisse und die Bücherliste.

Der Zeitweiser 2003 kostet 11 € und kann bei Else Wick, Reiherstieg 6, 30627 Hannover bestellt werden. Die Zahlungen sind an das Hilfskomitee der Galiziendeutschen e.V., 70374 Stuttgart, Konto Nr.20470-702 bei der Postbank Stuttgart, BLZ 600 100 70 zu richten. M.Sp.

Die Einkommen
Was sind uns die Abgeordneten wert?

Was ist die Arbeit eines Bundestagsabgeordneten wert? So viel wie die eines 29-jährigen Polizisten in Darmstadt (2.343 €)? Die eines 33-jährigen Börsenanalysten in Frankfurt (8.950 €)? Oder die 6.878 €, die das Gesetz zurzeit für die Diäten vorschreibt? Der Polizist würde sein Einkommen sicherlich gern mit dem Politiker tauschen. Aber auch den Stress in 70- bis 120- Stunden-Wochen? Die Verantwortung für Entscheidungen über Krieg und Frieden und für Milliarden-Haushalte? Würde auch der Börsenprofi auf ein Viertel seines Gehaltes verzichten, um noch mehr arbeiten zu müssen – auch am Wochenende? Um dabei stets Zielscheibe der Kritik zu sein? Und sich nach vier Jahren vielleicht einen neuen Job suchen zu müssen? Viele Fragen auf einem stets umstrittenen Feld.

Wenn aus Kandidaten Abgeordnete werden, dann sollen sie Vertreter des ganzen Volkes sein und nur ihrem Gewissen folgen. Nicht ihrem bisherigen Arbeitgeber. Nicht irgendwelchen Geldgebern, die sich davon Vorteile versprechen. Parlamentarier sollen nicht käuflich sein. Das heißt auf der anderen Seite aber auch, daß eine neutrale Stelle sie angemessen bezahlen muß. Am besten kann dies natürlich der Staat, so wie er es bei unabhängigen Beamten und neutralen Richtern auch tut. Was läge also näher, als sich für die Höhe der Diäten eine Besoldungsgruppe zu suchen, die mit Arbeitsaufwand und / oder Bedeutung einigermaßen vergleichbar ist, und die Einkommen der Abgeordneten einfach daran anzuhängen? Mit diesem Schritt könnte man die erregten Debatten auf lange Sicht eindämmen, die mit jeder Erhöhung der Diäten neu aufbrechen.

Nicht von ungefähr hatte der Bundestag im Mai 1958 die Aufwandsentschädigung an die Beamtenbesoldung gebunden. Das lief auf eine Automatik hinaus: In dem Maß, in dem die Staatsdiener mehr erhielten, wuchsen auch die Einkünfte der Volksvertreter. Der Abgeordnete erhielt als „Grunddiät" 22,5 Prozent des Amtsgehaltes eines Bundesministers (damals 1.100 Mark im Monat). Doch das Bundesverfassungsgericht entschied sich am 5.11.1975 gegen jede Koppelung. Das Verfassungsgericht räumte ein, möglicherweise sei es ja praktischer, die Höhe der Abgeordnetenentschädigung in Prozentsätzen an ein Beamtengehalt anzuhängen. Ein solches Vorgehen wäre nach Meinung der Richter aber ein Versuch, „das Parlament der Notwendigkeit zu entheben, jede Veränderung in der Höhe der Entschädigung im Plenum zu diskutieren und vor den Augen der Öffentlichkeit darüber als einer selbstständigen politischen Frage zu entscheiden".

Dieser Urteilstext war verfassungsrechtlich eindeutig – in der politischen Praxis jedoch ein schwerwiegendes Handicap, das in der Öffentlichkeit bald zu einer stimmungsgeladenen Unterstellung führte: „Selbstbedienung". Die darin mitschwingende Vermutung: Bundestagsabgeordnete nähmen sich das Recht heraus, selbst zu bestimmen, wie viel sie sich als Einkommen von den Steuergeldern der Bürger in die eigene Tasche steckten. Kein Wort mehr davon, daß der Bundestag dazu vom Verfassungsgericht ausdrücklich verpflichtet worden war. Die logische Folge des Urteils war ein dreifacher Druck auf die Abgeordneten: Zum einen verpflichtet sie das Grundgesetz in Artikel 48, für eine „angemessene, ihre Unabhängigkeit sichernde Entschädigung" der Mitglieder des Bundestages zu sorgen, die Diäten also nicht so unattraktiv zu machen, dass sie auf viele abschreckend wirken, ihren Beruf vorübergehend für die Übernahme eines Mandats aufzugeben. Zum Zweiten geht die allgemeine Preis- und Einkommensentwicklung weiter, wird das Leben auch für Parlamentarier und ihre Familien teurer, müssen sie für Personal und Arbeitsmaterial auch immer mehr ausgeben. Zum Dritten aber ist es nur natürlich, daß die „Augen der Öffentlichkeit" jede Erhöhung in eigener Sache zu einer eher peinlichen Angelegenheit machen.

Es wird auch in Zukunft die entscheidende Frage sein, woran die Arbeit der Abgeordneten gemessen werden soll. Das wird jeder aus seiner persönlichen Einkommensperspektive jeweils anders beurteilen.

Das erstaunt aber Jeden!

Werden alle Diäten und sonstigen Aufwendungen für die Abgeordneten, alle Ver-

waltungs- und Gebäudekosten, kurz: alle Ausgaben für das Bundesparlament, zusammengenommen und auf alle Bürger verteilt, kommt ein Pro-Kopf-Betrag von gerade sieben Euro pro Jahr für den Bundestag dabei heraus. Also gerade mal drei Bier an einem Abend. Vermutlich wird das die Empörung am Stammtisch über die „Selbstbedienung" der Volksvertreter kaum verringern können. Auch nicht nach weiteren drei Bieren – das entspricht dann wieder einem ganzen Jahr parlamentarischer Arbeit.

Zeitaufwand

Kein Schüler käme auf den Gedanken, die Arbeitszeit seines Lehrers allein auf die vier oder fünf Stunden zu beschränken, die er ihn pro Tag sieht, niemand bezieht die Arbeitszeit eines Priesters nur auf dessen Anwesenheit beim Sonntagsgottesdienst. Aber bei Abgeordneten wird häufig angenommen, ihr einziger Job sei, alle paar Tage mal ein paar Stunden im Plenarsaal zu sitzen – und dort häufig auch noch zu fehlen. Die Plenarsitzungen sind in Wirklichkeit nur die winzige Spitze eines riesigen Eisberges. Viele Gremiensitzungen beginnen bereits um oder sogar vor acht Uhr morgens, es gibt Treffen mit Experten, mit Vertretern anderer Parteien, mit Betroffenen, mit Mitarbeitern der Ministerien, um Gesetze gründlich vorzubereiten. Das zieht sich über Sitzungen in Arbeitskreisen, Ausschüssen, Kommissionen, Fraktionen oft bis tief in die Nacht hin. Und dann kommen noch die Verpflichtungen im Wahlkreis, die oft das Wochenende mit in Beschlag nehmen.

Gedanken machen

In allernächster Zeit ist ein Gebot der Stunde, in Anbetracht wirklich knapper Kassen, daß alle Abgeordneten mit gutem Beispiel vorangehen und auf eine Anhebung ihrer Diäten für das Jahr 2003 verzichten.

Der Bundestagspräsident Wolfgang Thierse hat auf eine solche Empfehlung bereits hingewiesen. Es würde der politischen Kultur in unserem Lande wirklich gut tun.

Walter Haack

WW-NOTIZEN

Neues Generalkonsulat der Ukraine in Frankfurt/M.: Mit der Eröffnung des neuen Generalkonsulates unterhält die Ukraine in Deutschland mehr Vertretungen als sonst ein anderer Staat der Welt. Die von Generalkonsul Yuriy Yarmilko geleitete Vertretung in Frankfurt ist für Hessen, Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen und das Saarland zuständig und betreut hier ca. 30.000 ukrainische Staatsbürger. Das Generalkonsulat befindet sich in der Brönnerstr.15 und ist Mo.-Mi. und Fr. von 9-12:45 Uhr geöffnet. Internet: www.botschaft-ukraine.de

Autobahnmaut auf dem 1. Autobahnabschnitt: Das erste, ungefähr 50 km lange Teilstück von Wrzesnia (Wreschen) nach Konin der künftigen polnischen Autobahn A 2 Frankfurt/O. – Warschau ist fertiggestellt und dem Autoverkehr übergeben worden. Pkw-Benutzer dieses Teilabschnittes müssen eine Straßennutzungsgebühr von 10 Złoty (ca. 2,50 €) entrichten, Ausländer können aber auch in Euro bezahlen. Für Lkw wird eine Maut von 37 Złoty (ca. 9 €) erhoben.

„Schlußstrich" für das IPN?: Seit 1998 gibt es in Polen eine Ermittlungsbehörde, die sich speziell mit den Verbrechen gegen die polnische Nation und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zwischen 1939 und 1989 beschäftigt. Das polnische Institut für das nationale Gedenken (IPN) arbeitete mit von den ordentlichen Staatsanwaltschaft unabhängigen Staatsanwälten und sorgte in den letzten Jahren für einige spektakuläre Prozesse. Die IPN ermittelte gegen Verbrechen der Nationalsozialisten, der Sowjets als auch der polnischen Kommunisten, die gegen Polen aber auch Angehörige anderer Nationalitäten verübt worden waren. Ein besonderes Augenmerk richtete man auf die Grausamkeiten der stalinistischen Zeit, aber auch aus der Zeit des Kriegsrechtes unter General Jaruzelski. Mit diesen Untersuchungen hat sich das IPN viele Feinde unter den Postkommunisten gemacht. Nun verkündete der stellvertretende Präsident des polnischen Senates, Ryszard Jarzembowski, daß die IPN als selbständige Institution abgeschafft und den ordentlichen Staatsanwaltschaften unterstellt werden soll. Jarzembowski ist zugleich Vorsitzender der Fraktion des postkommunistischen Demokratischen Linksbündnisses (SLD) im Senat, die in der 2. Kammer Polens über die Mehrheit verfügt. Ein solcher Gesetzesvorschlag hätte gute Chancen angenommen zu werden und bereits vor einigen Wochen hat die Koalitionsregierung aus SLD und Bauernpartei PSL die Finanzmittel des IPN erheblich gekürzt. In der polnischen Öffentlichkeit wird nun befürchtet, daß man nun eine Art Schlußstrich unter die gerade erst begonnene, vorbildliche Vergangenheitsbewältigung ziehen will. (M.Sp.)

Polen ist Schlußlicht unter den EU-Beitrittskandidaten: Mit dieser Überschrift schilderte die den Grünen nahe stehende Berliner „Tageszeitung" die wirtschaftliche Lage in Polen. Zwar ist der Złoty inzwischen eine der stabilsten Währungen Europas, aber die Wirtschaft will nicht aus dem Konjunkturtal kommen. Mit 1,1 % Wachstum und einer geringeren Prognose in diesem Jahr liegt Polen abgeschlagen hinten. Die durchschnittliche Wachstumslage der neuen Kandidaten liegt dagegen bei 3,4 %. Polens Regierung hofft auf eine Wendung zum Besseren nach dem EU-Beitritt.

Sudetendeutsche Zeitung „Brücke" eingestellt: Die sozialdemokratische Monatszeitung „Die Brücke" hat im Dezember 2002 ihr Erscheinen eingestellt. Ursachen hierfür sind laut Angaben des Verlages vor allem die rückläufige Auflage und die finanzielle Situation. Erst kürzlich wurde die Förderung durch das Innenministerium aufgehoben, die 50% der Kosten deckte. Die Zeitung wurde nach dem Krieg vor allem in Osteuropa gelesen (DDR, Polen, UdSSR, Rumänien, Bulgarien, CSSR). Die Auflage betrug zuletzt nun noch 5.000 Exemplare.

Niedersachsen will einzigartige Bernsteinsammlung retten: Das Land Niedersachsen will die Sammlung der Universität Göttingen vor dem Verfall retten. Die rund 12.000 erhaltenen Bernsteine der einst 100.000 Exponate, in denen für die Forschung bedeutsame Fossilien eingeschlossen sind, sollen in einem speziellen Tauchverfahren mit Kunstharz überzogen werden. Dafür stellt das Land kapp 60.000 € zur Verfügung. Die wertvollen Stücke gelten als letzter Teil der berühmten Königsberger Bernsteinsammlung, die 1944 auf Umwegen nach Göttingen kam. Die übrigen Bernsteine gingen in der Endphase des Weltkrieges verloren oder wurden zerstört. Das kostbarste Stück, ein ca. 45 Millionen Jahre alter Floh, hat einen Wert von ca. 25.000 €, denn es gibt nur drei andere vergleichbare Fossilien. Die Sammlung der versteinerten Baumharze ist durch Umwelteinflüsse brüchig geworden, verändert seine Farbe und bedarf dringend der Restaurierung.

Thüringer BdV hat Sitz in der Landesmedienanstalt: Durch das neue am 14.1. 2003 in Kraft getretene Thüringer Landesmediengesetz ist der Landesverband Thüringen des Bundes der Vertriebenen (BdV) jetzt Mitglied der Thüringer Landesmedienanstalt.

Der „Speckpater" Werenfried van Straaten gestorben: Am 31. Januar starb – 14 Tage nach Vollendung des 90. Lebensjahres – der legendäre „Speckpater" Werenfried van Straaten in Bad Soden/Ts. Der aus Mijdrecht bei Amsterdam stammende Geistliche war 1934 in den Orden der Prämonstratenser eingetreten und hatte sich nach dem Zweiten Weltkrieg besonders für die deutschen Heimatvertriebenen eingesetzt. Unter flämischen Bauern sammelte er in den Nachkriegsjahren Tonnen von Speck, was ihm seinen Spitznamen eintrug. 1948 gründete er mit dem späteren Weihbischof von Hildesheim, Adolf Kindermann, in Königstein das Hilfswerk „Ostpriesterhilfe/Kirche in Not", das seitdem mehr als drei Milliarden Dollar an Spenden gesammelt hat. Waren es in den Anfangsjahren vor allem in der Diaspora lebende Katholiken, deren sich das Hilfswerk annahm, sind es heute 7000 Projekte in 139 Ländern der Erde.

Westdeutscher Rundfunk

ALTE UND NEUE HEIMAT, samstags von 19.05 bis 19.45 Uhr auf WDR Radio 5

01. März 2003
TRAUMATISIERUNG VON KRIEGSKINDERN
von Helga Hirsch

08. März 2003
FREMD IN DER HEIMAT – HEIMAT IN DER FREMDE
mit Wolf Scheller

15. März 2003
VERANTWORTUNG FÜR DIE ALTE HEIMAT;
Rumäniendeutsche helfen den Zurückgebliebenen
von Ulrike Holler

22. März 2003
– keine ALTE UND NEUE HEIMAT – 24 Stunden Literaturmarathon auf Welle 5

15. März 2003
RUSINEN, TORBESCHEN UND BUNJEWATZEN;
Die Minderheitendatenbank in München
von Susanne Lettenbauer

Allen Spendern herzlichen Dank

In der Zeit vom 16. November 2002 bis 15. Januar 2003 gingen bei uns Spenden in Höhe von 2.211,80 € ein. Der Bundesvorstand der Landsmannschaft Weichsel-Warthe dankt allen Spenderinnen und Spendern dafür sehr herzlich.

Es spendeten:

Adam, Wilhelm, nicht bekannt, 10,00; Albers, Alma, Seevetal, 6,60; Assor, Annette und Hubert, Lüdenscheid, 50,00; Behre, Erika, Büttelborn, 6,90; Berger, Lydia, Wiesbaden, 400,00; Bräuer, Elisabeth, Hilpoltstein 10,80; Brose, Hildegard, Speyer, 5,80; Chedor, Karl, Bremen, 50,00; Falkenberg, El-

friede, Frankfurt, 11,60; Gebel, Werner, Ratingen, 10,80; Gerngreif, Nicolai und Heidi, Mannheim, 10,00; Gerstenkorn, Lydia und Philipp, Bochum, 15,80; Glier, Dr. Erhard, Löbejün (Saalkreis), 5,80; Gürtler, Gottfried, Reinfeld, 10,80; Gutknecht, Harry, Weilrod, 10,80; Heimatkreis Wollstein, Horst Eckert, Bad Bevensen, 50,00; HKG Posen (Schlehen), Johannes Turck, Mülheim, 25,00; Hoffmann, Dietlind, Hildesheim, 5,80; Hoffmann, Heinz, Göppingen, 50,00; Karzel, Prof. Dr. Helmut Jürgen, Wessling, 30,80; Klug, Holger, Ammersbek, 16,90; Kluge, Alfred, Trossingen, 31,60; Koch, Alwin, Wennigsen, 6,80; König, Dr. Kurt, Meckenheim-Merl, 30,80; Koppermann, Gertrud und Otto, Gramzow, 10,00; Krause, Werner und Irmgard, Oldenburg, 20,00; Kujat, Danuta und Eugen, Börgitz, 10,80; Laukamp, Kurt, Klein Rönnau, 10,80; LWW-Landesgruppe Hessen, Wiesbaden, 100,00; LWW-LG Sachsen, Taubert, Ingrid, Dresden-Pillnitz, 12,00; Manz, Günter, Wartenberg, 10,80; Marzok, Irene, Brühl, 6,90; Müller, Walter, Hungen, 10,80; Müller, Dr. Erich, Berlin, 50,00; Müller, Erika, Dingolfing, 10,00; N.N., 500,00; Neumann, Karl, Memmingen, 15,80; Parasceva, Ernst, nicht bekannt, 5,00; Pawlowski, Robert, Langenau, 5,80; Perzak, Erna, Leipzig, 5,80; Petzold, Harry, Ahnatal, 50,00; Pohl, Wanda, Hüttenberg, 10,20; Pohl-Souczek, Luzia, Aalen, 5,80; Puhle, Else, Perleberg, 28,50; Raatz, Günther, Hattingen, 50,00; Riske, Eduard, Hortmorr, 9,60; Rogas, Günther, Bonn, 100,00; Schinke, Gerhard, Recklinghausen, 6,90; Schwarz, Rudolf, Wolfsburg, 80,00; Sielaff, Rudi, Brandenburg an der Hawel, 5,00; Stechbarth, Waldemar, Freilassing, 10,00; Waibel, Elisabeth, Ihringen, 15,00; Wellmeier, Hanna, Lage, 20,80; Wöstenberg, Erika, Dortmund, 150,00.

Wir hoffen, keine Spender übersehen zu haben.

Wir sind auf Ihre Spenden angewiesen, um unsere vielfältigen Aufgaben erfüllen zu können.

Gleichzeitig teilen wir mit, daß unsere Landsmannschaft laut Freistellungsbescheid des Finanzamtes Wiesbaden, St.Nr. 40 250 72356 – V/2 vom 5. August 2002 ausschließlich gemeinnützigen Zwecken, nämlich Förderung der Heimatpflege und Heimatkunde, dient und daher berechtigt ist, Spendenbescheinigungen auszustellen.

Wenn Sie eine Spende einzahlen, lassen Sie bitte den Einzahlungsabschnitt von der Bank abstempeln – bis 50 € wird der Einzahlungsabschnitt vom Finanzamt als Spendenquittung anerkannt. Für Spenden über 50 € erhalten Sie automatisch von der Bundesgeschäftsstelle eine Spendenquittung zugeschickt.

Unser Spendenkonto der Landsmannschaft Weichsel-Warthe, Bundesverband, lautet: Sparda Bank Südwest EG, Nr. 958 755, BLZ 550 905 00.

Aus unserer Arbeit

Berichte der Heimatkreisgemeinschaften, LWW-Landesverbände und Kreisgruppen

LWW Bayern

Alex Heck, Theodor Heußstr. 31
85764 Oberschleißheim

Münchener Treffen

Am 16.1.2003 traf sich die Kreisgruppe München zur ersten Zusammenkunft im neuen Jahr. Herr Heck begrüßte alle Anwesenden sehr herzlich und wünschte für das Jahr 2003 nochmals alles Gute. Nach Bekanntmachung der nächsten Termine kam die Unterhaltung zu ihrem Recht. Am frühen Abend gab es dann das angekündigte Grützwurstessen, das man sich gut schmekken ließ.

Am Sonntag, dem 9.3.2003, veranstaltet die Kreisgruppe um 14 Uhr einen Gottesdienst mit Abendmahl in der Christus-Kirche am Dom-Pedro-Platz. Die Predigt hält Pfarrer Michael Groß. Anschließend findet im Gemeindesaal der Kirche ein Beisammensein mit Kaffee und Kuchen statt. Alle Landsleute sind hierzu herzlich eingeladen.

U. Drewitz

LWW Hamburg

Fr. O. Hadenfeldt, Mühlenkamp 20
22303 Hamburg

Weihnachtsfeier und ein 100. Geburtstag

Es ist schon etwas Besonderes, wenn man über ein so seltenes Fest berichten kann. So haben wir zum Auftakt unserer Weihnachtsfeier Domglocken von der Kassette ertönen lassen und im Anschluß daran spielte der Organist der Gnadenkirche zu Hamburg eine Klaviereinlage von Bach. Am 14.12. 2002 waren 40 Gäste ins Haus der Heimat gekommen. Sie waren festlich gestimmt und brachten jeder eine Rose für unsere Jubilarin mit. Wir feierten den 100. Geburtstag von Frau Gertrud Bischoff aus Lodz. Sie war fit und munter in Begleitung ihrer Tochter, dem Besuch aus Amerika, gekommen. Auch Herr Pastor Georg Sichler, der Vorsitzende des Hilfskomitees der evangelisch-lutherischen Deutschen aus Polen, hat es sich nicht nehmen lassen, dabei zu sein.

Nach der Begrüßung durch die Vorsitzende unserer LWW Hamburg, Frau Hadenfeldt, würdigte diese unser langjähriges und aktives Mitglied Frau Bischoff, streifte deren aufregendes Leben als Deutsche in Polen, als Flüchtling und Neu-Hamburgerin. Mit den besten Wünschen für die Zukunft überreichte sie ihr einen Präsentkorb. Auch Herr Pastor Sichler fand gute, einfühlsame Worte für die Jubilarin und segnete sie mit Handauflegung. Ein ergreifender Augenblick.

Das Programm war mit ausgesuchten Texten in Lesungen und Liedern ganz im Wechsel auf das Weihnachtsfest und den 100. Geburtstag abgestimmt. Aus Anlaß dieses seltenen Jubiläums reichten wir Sekt. Wir saßen an festlich geschmückten Tafeln und jeder Gast bekam ein Überraschungspäckchen als Geschenk der LWW Hamburg mit auf den Weg. Unser Schlußlied sagte alles: „Ein schöner Tag ward Dir beschert, wie sonst es keinen gibt, von reiner Freude ausgefüllt und Sorge ungetrübt ....“ und im letzten Vers heißt es: „Und was das Schicksal Dir auch bringt, was immer kommen mag, es bleibt Dir die Erinnerung an einen schönen Tag.“

Jahreshauptversammlung

Am Samstag, dem 25.1.2003, kamen zur Jahreshauptversammlung auf 53 Einladungen 23 Mitglieder ins Haus der Heimat. Die Tagesordnung wurde eingehalten. Nach der Begrüßung und Totenehrung für unser langjähriges Mitglied Frau Gerda Novak durch die Vorsitzende Frau Olga Hadenfeldt verlas die Schriftführerin Frau Geilke das Protokoll der vorjährigen Jahreshauptversammlung und den Jahresbericht für das Kalenderjahr 2002. Die Kassiererin Frau Stüvermann lieferte den Rechenschaftsbericht und die Frauenreferentin Frau Tilicke ihren Arbeitsbericht. Letztere erhielt einen Blumenstrauß von Frau Hadenfeldt. Am 20.11.2002 wurde Frau Tilicke im Hamburger Rathaus durch den Bürgermeister Ole von Beust mit der Medaille für mindestens 25 Jahre ehrenamtliches Engagement für treue Arbeit im Dienst des Volkes ausgezeichnet.

Da keine Wahl in diesem Jahr stattfand, war für unsere Landsleute genügend Zeit für gute Gespräche. Für das leibliche Wohl sorgten Würstchen und Kartoffelsalat. Wir beendeten unserer Treffen um 18 Uhr mit dem Lied „Kein schöner Land...“

B. Geilk

LWW Sachsen-Anhalt

Edith Wagener, Bertold-Brecht-Straße 6 c
39120 Magdeburg

Busreise in die Heimatgebiete

Der Landesverband Sachsen-Anhalt e.V. unserer Landsmannschaft unternimmt vom Sonntag, dem 27.7.-31.7.2003 (eventuell auch bis 1.8.) eine Busreise nach Polen. Es sollen die Heimatorte aufgesucht werden und Fahrten nach Posen, Schneidemühl, Wongrowitz, Hohensalza und Thorn stattfinden. Aufenthalt im Hotel „Poznań“ in Posen. Kosten für die Fahrten mit Hotelübernachtungen und Halbpension ca. 270 €. Teilnehmer wollen sich bitte melden bei: Edith Wagener, Bertolt-Brecht-Str. 6 c, 39120 Magdeburg, Tel. und Fax: 0391-613514.

E. Wagener

LWW Thüringen

Margarete Schönfeldt, Gotthard-Neumann-Straße 3
07743 Jena

Einladung zur Kulturkonferenz 2003

Am 6.6.2003 findet die Kulturtagung der LWW Thüringen in Eisenach – Hospitalstr. 11 (Justusstift) – statt. Es beteiligen sich gemeinsam die Evangelischen Posener, sowie Galizien- und Wolhyniendeutsche aus Thüringen. Es sind alle Landsleute eingeladen. Telefonische Anmeldung ist zweckmäßig. Nähere Auskunft bei Adams, Harry, Am Michelsbach 12 b, 99817 Eisenach, Tel.: 03691-216220.

Anreise mit dem Auto: A4 Abfahrt Eisenach West, kostenlose Parkplätze „Aßmannhalle“, 2 Bushaltestellen zur Hospitalstr. 11 (10 Min. Fußweg). Anreise mit der Bahn: Gegenüber dem Bahnhof mit der Buslinie 5, die 3. Haltestelle ist die Hospitalstraße. Übernachtungen gehen über die Stadtinformation, Tel.: 03691-670260.

Adam Harry

Herausgeber: Landsmannschaft Weichsel-Warthe, Bundesverband e.V., 65185 Wiesbaden, Friedrichstr. 35 III, Tel. 06 11 / 37 97 87, Fax 06 11 / 15 74 97 2
Schriftleitung: Dr. Martin Sprungala. – Erscheint einmal monatlich. Redaktionsschluß am 1. des Vormonats. – Druck: Schmidt & Klaunig, Kiel.
Für unterzeichnete oder signierte Artikel trägt der Verfasser die Verantwortung. – Nachdruck gestattet, sofern 2 Belegexemplare zugesandt werden.